

Wirtschaftlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend



Verlagspreis: Die halbjährliche Ausgabe 100.— M., vierteljährliche 50.— M.
Abbestellungsfrist: Die vierteljährliche Ausgabe dieses Blattes, spätestens 10. des Monats vor dem 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember des Vorjahres.
Erscheinenszeit: 3 Mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, jeweils 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 17.00 RM.
den unsere Bank und Post erhalten 16.00 RM.
Einzelnummern 1.00 RM.
Bestellungsfrist und monatliche Bezüge werden außer bei den Geschäftsstellen, spätestens 10. des Monats vor dem 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember des Vorjahres angenommen.

Amliches Verhandlungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 62

Donnerstag, den 31. Mai 1923.

62. Jahrgang

Die Grenze der Möglichkeit.

In seinem Rundschreiben an die Entente hatte der Reichspräsident Dr. Euno das Angebot von 30 und vierzig Milliarden Goldmark als das äußerste Angebot bezeichnet, welches Deutschland mit einem Geisseifer leisten könnte. Wie möglich für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen sollte das Vermögen des Reiches und seiner Glieder dienen.

Der ungeliebte Reparationsvertrag von zusammen 30 Milliarden blieb nur ein geringes hinter die ursprüngliche Forderung aus dem Verlaufe zurück. Außerdem gelang die Reichsregierung noch zu, daß es dem Gemeinwohl einer internationalen Sachverständigenkommission anheim gestellt werden sollte, zu prüfen, ob Deutschland mehr als 30 Milliarden zahlen könnte. Die Sachverständigen über die Erfüllung der Verpflichtungen sollten des Näheren durch Verhandlungen festgestellt werden.

Wie aus den Antworten Englands und Italiens auf die deutsche Note bekannt ist, wünschten diese den Wert der Reparationen, ganz besonders aber die allgemeine wirtschaftliche Zulieferung der Reparationen genaugen festgestellt zu sehen. Der Reichspräsident hat die Reichsregierung mit der Bitte umgeben, daß die Reichsregierung die Möglichkeit der Einzahlungen für die Reparationen prüfen sollte, über die „Grenze der Möglichkeit“, die in dem Rundschreiben vom 2. Mai in Aussicht genommen war, hinauszuweisen.

Es geht hier, daß die finanzielle Kraft des Reiches und der Einzelstaaten nicht genügt, um an Reparationen und Reparationen teilzuhaben, was Dr. Euno in Vorschlag bringen will. Die Abtragung der Reparationspflicht muß also auf noch weitere Schulden gelegt, und auch die Wirtschaft erweitert werden. Die der Vertrag von Versailles für Reich und Staaten in Aussicht genommen hat. Früher schon wurden einmal die großen Wirtschaftskrisen des Reiches in Aussicht genommen, an dieser schwierigen Aufgabe zu tragen, aber die Reparationen führten damals zu keinem Ergebnis.

Heute brennt das Feuer nicht nur uns, sondern auch der Entente stärker auf den Nägeln, und zunächst ist der Reichsverband der Deutschen Industrie in diese Richtung Erörterungen eingetreten. Es ist natürlich nicht allein mit dem Reich, sondern auch mit den Staaten, die die praktischen Möglichkeiten hinzutreten, wenn im Interesse des Reiches die Erziehung von Tausenden von Betriebsstätten und die Beschäftigung ihrer Angehörigen und Arbeiter auf Ziel gesetzt werden. Die Teilnahme der Industriellen an der Reparations-Garantie hat also nur einen Zweck, um die deutsche Wirtschaft zu stärken, keine Arbeitsbeschäftigung und Abtragung zu erleichtern.

Es ist daher zu verstehen, wenn die Industriellen in ihrer Denkschrift, die jetzt im Wortlaut vorliegt, auch besonderen Wert darauf legen, daß Beschäftigte beschäftigt werden, die ihnen ein möglichst rationelles und produktives Arbeiten ermöglichen. Und ebenso wichtig ist es, wenn man sich bemüht, das Reich, die Reichsbetriebe, die jetzt während großer Verluste stehen, wieder produktiv werden, um auch an ihrem Teil an der Abtragung der Reparationslasten teilhaben zu können. Man wird deshalb diese Vorschläge, die alle Vorkommnisse nur vor dem Auge haben, nicht ablehnen, ob sie gemeint sind, die heute über das Reich die deutsche Wirtschaft, genau zu machen und sie wieder in den Stand zu setzen, die ungeliebten Reparationen zu vollbringen, die der verlorene Krieg von uns fordert.

Daß die letzte Entscheidung darüber, was die deutsche Wirtschaft, insbesondere die deutsche Industrie im Interesse des Vaterlandes zu leisten habe, von der Industrie selbst, sondern einzig und allein der Reichsregierung obliegt, darüber hat die Höhe der Reparationslasten, die durch die Reichsregierung zu leisten sind, sich bei ihrer Entscheidung von dem Hauptpunkt setzen lassen müssen, daß man eine Grenze der möglichen Leistung soll, nicht überschreiten darf.

Die Denkschrift der Industrie.

Forderung der freien Wirtschaft.

Der Wortlaut der Denkschrift, die das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie über die Garantieforderung an den Reichspräsidenten gerichtet hat, ist jetzt im Wortlaut bekanntgegeben worden. Im wesentlichen entsprechen die Vorschläge den Mitteilungen, die darüber schon gemacht worden waren. Die Denkschrift erklärt in ihrem ersten Teil zunächst, daß im innerdeutschen Verhältnis der Staat Ersatzleistungen für die Reparationen ist, dann heißt es weiter:

Die industrielle Wirtschaft befindet sich für die für jeden Bürger selbstverständlichen Verpflichtung, für das im Staat verlorene Vaterland die bis über die Tragfähigkeit hinauszuweisen. Das Ziel aller Bemühungen ist die Wieder-

winnung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Jedoch kann eine Berechtigung zur Übernahme von großen Sonderlasten auch durch die Industrie nur ausgedrückt werden, wenn gleichzeitig das Gesamtproblem der Reparationen sowohl nach außen als auch innerhalb Deutschlands eine richtige Lösung erhält.

Im zweiten Abschnitt der Denkschrift wird dann näher ausgeführt, wie sich die Industrie die Leistungen denkt, die der Staat und sie selbst zu erfüllen haben wird. Dabei wird zunächst allerlei für erforderlich erklärt: Erhaltung der vollen Substanz der staatlichen Vermögenswerte und Wahrung der Hoheit. Dann heißt es:

Eine erfolgreichere Sachbearbeitung der (alleinigen) staatlichen Finanzverhältnisse kann nur vor sich gehen, wenn die Reichs- und Staatsbetriebe nach privatrechtlichen Grundsätzen regeneriert und dauernd betrieben werden. Nach Meinung der Industrie wird es möglich sein, auf diesem Wege aus diesen Betrieben in absehbarer Zeit wieder etwa 600 Millionen Goldmark, bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herauszuwickeln.

Die Garantie der Wirtschaft.

Es wird dann weiter in der Denkschrift ausgeführt, kann nur in einer Beschäftigung ihrer Sachverhalte liegen:

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist der Ansicht, daß die Wirtschaft — und zwar landwirtschaftlicher und gewerblicher Industrie, Handel und Genußgewerbe — unter Ausnutzung aller Kräfte neben den sonstigen schweren Lasten unter Erhaltung einer Reihe von Voraussetzungen für die Wirtschaftsgarantie bis zum Höchstmaß von 500 Millionen Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren übernehmen sollte. Der Kapitalwert einer betriebliehen Arbeitsleistung übersteigt die Hälfte des gegenwertigen Wertes. Inwieweit die Wirtschaft in absehbarer Zeit wieder etwa 600 Millionen Goldmark, bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herauszuwickeln wird.

Abbau der Zwangsmaßnahmen.

Als Plan für die Zukunft wird dann noch folgende Sachverhalte bei den Staatsausgaben gefordert:

Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit der Voraussetzung für die Überwindung der vorgenannten Verpflichtungen. Es wird zunächst ein Aufschwung der Reparationszahlungen gefordert, damit Deutschland seine innere Lage stabilisieren könne. Zum Schluss werden folgende

inneren Wirtschaftsverbesserungen

1. Grundtätige Reinhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung, insbesondere durch Bekämpfung wirtschaftlicher Schwärze, nicht

a) Aufhebung der Kriegs- und Finanzwirtschaft einschließlich des Abbaus der Außenhandelskontrolle, soweit letztere nicht zur Sicherstellung einiger weniger lebenswichtigen Gegenstände, Wahrung der Wirtschaft und dergleichen erforderlich und tatsächlich erforderlich ist.

b) Aufhebung aller Denkmalschutzvorschriften und Beschränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsrichtertum bei Wirtschaftsverfahren von allgemeiner Bedeutung.

2. Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Neubildung von Betriebskapital zum Zweck der Ergänzung und Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe.

3. Voller Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Steigerung der Produktion, aktive Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung. Dies legt voraus:

a) Grundtätige Aufrechterhaltung des Arbeitsstandes durch Erziehung der Tariffreiheit im Sinne der Vorkarrieren des Reichsverbandes, Schaffung eines Arbeitsgesetzes ferner Entlassung der Wirtschaft von unproduktiven Eöhnen.

b) Sicherung dieser Bedingungen — so heißt es in dem Schluß — könnte die Wirtschaft eine Mitverantwortung nicht übernehmen.

Eine Regierungserklärung.

Die sich mit dem Schreiben der Industriellen befaßt, besagt u. a.:

Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wie weit die Darlegungen des Schreibens über die Beschäftigung und Wahrung der Wirtschaft aufzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Bewertung finden können.

Dem so sehr es zu begreifen ist, daß in Erkenntnis der Verantwortlichkeit großer Opfer, die die Stände sich bereitfinden, an den zu lösenden Problemen mitzuarbeiten, so wenig einbindet die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maß und Berechnung der Maßnahmen unter

Beurteilung der Leistungen aller Erwerbskräfte festsetzen zu bestimmen und unabhängig festlegen. Die Vorkarrieren hierfür sind von der Regierung angenommen. Mit den gleichen Selbstverantwortung wird die Reichsregierung die Beschäftigung der Wirtschaft zu fördern, die für die Steigerung der Beschäftigung erforderlich sein werden, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. November unter weitgehender Zustimmung der Parteien umfassen und von der Regierung überholt genehmigt worden sind.

Marktlösung und Marktwort.

Die Verhandlungen vor dem Unterhandlungsausschuß.

Im Unterhandlungsausschuß des Reichstages zur Wirkung der Maßnahmen zur Erhaltung der Marktlösung zunächst Staatssekretär Dr. Schröder einen Überblick über die von der Regierung im Bereich des Reichsbank getroffenen Maßnahmen. Für die Erhaltung der Marktlösung gab es — so heißt es — zwei Mittel: 1. Die Erhaltung der Erzeugung von Banknoten, und 2. ein teilweises Eingreifen durch den Verkauf von Reichsbanknoten an deutsche und ausländische Börsen. In dieser Weise wurde dann der Verkauf von Reichsbanknoten an deutsche und ausländische Börsen eingeleitet. Die Aktion hat dann den bekannten Erfolg gehabt, daß längere Zeit hindurch — ungefähr drei Monate — der Dollarkurs auf ungefähr 20 000 M. gehalten werden konnte. Selbstverständlich konnte es sich bei der ganzen Aktion nicht um eine Stabilisierung des Marktes handeln. Wir befinden uns in der Krise, und die ganze Maßnahme war weiter nichts, als eine Krisenmaßnahme. Im die notwendigen Mittel zu finden, hat die Regierung dann die Zolltarifanleihe aufgenommen. Im letzten Verlauf macht sich nun unsere hoffende Zahlungsbilanz geltend. Wir wurde für die Regierung das Eingreifen immer schwieriger, besonders dann, als der geringe Erfolg der Dollarkurs die Mittel brachte, die man erwartet hatte. Daher war man dazu übergegangen, nicht den Marktwort zu halten, sondern einige Tage die Gasse laufen zu lassen und dann einzugreifen. Von 17. April ab ist es dann der Reichsbank nicht mehr gelungen, die Marktlösung auch nur ein wenig zu halten.

Reichsbankpräsident Hanfstein.

Der im weiteren Verlauf der Sitzung in Begleitung des Vizepräsidenten von Glöckner erschien, führte u. a. aus:

Es sei nicht denkbar, die Marktlösung zu stabilisieren, solange die Voraussetzung für das Salutarat nicht besteht ist. Der Redner tritt mit aller Entschiedenheit den Reichsbank entgegen, als ob das Reichsbankdirektorium einer Intervention überhand gelassen hätte. Nicht einen Augenblick habe innerhalb des Reichsbankdirektoriums ein Zweifel darüber bestanden, daß bei der Stützung der Marktlösung eine politische Notwendigkeit vorlag. Es war uns klar, daß wir in dem Augenblick, kurz vor der Marktlösung, als der Dollarkurs ungefähr auf 7000 M. keine Intervention erlangen lassen konnten. Man mußte bei der Marktlösung ein auf die Marktlösung einwirken und ein dringendes Emporgreifen des Dollars herbeiführen mußte. Daher mußte man warten, bis zu einem Augenblicke, in dem die Situation sich wieder ein wenig beruhigt hatte. Im letzten Drittel des Januar füllte man den Markt heraus, den man halten konnte. Darauf erfolgte die Intervention. In diesem Augenblicke gelang es, die Marktlösung den Dollarkurs auf 20 000 M. zu senken. Die Marktlösung dann weiter, ohne Einwirkung der Reichsbank, auf einen Dollarkurs von 19000. Bald darauf ging der Dollarkurs auf ungefähr 21 000—22 000, und auf diesem Stand hielt er sich bis in den April hinein. Wir sind mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, vor allem in unserer Lage. Den ganzen März hindurch konfrontiert mit erheblichen Beträgen. Inzwischen wurde es zur Gewissheit, daß der Marktwort sich länger halten würde. Die Reichsbank wurde sich darüber klar, daß sie weitere erhebliche Mittel gebrauchen würde, um den Marktwort zu halten. Das ließ in der Reichsbankverwaltung den Gedanken entstehen, Schenkungen heranzubringen. Die Reichsbank begriff die Notwendigkeit des Kaufmanns Schenkungen. Es heißt darin: „Frankfurter Anzeiger“ haben sich bereit, auf deutschen Böden, den sie wiederum betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden. Die deutsche Regierung hatte gehofft, daß sich die französische Regierung, wenn nicht aus Rechtsgründen, so doch aus Gründen der Mensch-

Deutsches Reich.

den 30. Mai 1923.

Deutsche Protestnote gegen die Erziehung Schenkungen. Die Reichsregierung hat die französischen Forderungen eine Protestnote zugehen lassen gegen die Erziehung des Kaufmanns Schenkungen. Es heißt darin: „Frankfurter Anzeiger“ haben sich bereit, auf deutschen Böden, den sie wiederum betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden. Die deutsche Regierung hatte gehofft, daß sich die französische Regierung, wenn nicht aus Rechtsgründen, so doch aus Gründen der Mensch-

Die höchsten Poststellen in der Bahnstrecke, zu denen auch die Banken des Bauvereins gehören, werden fortgesetzt unbefugter Weise betreten.

Wir warnen hiermit letztmalig vor dem Betreten der Baustellen sowohl wie der Bauten und werden in Zukunft rüchlos strafend vorgehen.
Leipzig, den 29. Mai 1923.

Der Magistrat. Schillen.

Der diesjährige **Kirchenausschuss** der Gemeinde **Gröfzula** soll

Sonnabend, d. 2. Juni abends 6 Uhr in **Walther's Lokal** öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Bedingungen im Termin.

Gröfzula, d. 28. Mai 1923.

Der Gemeindevorsteher.
R. g.

Kircherverpachtung.

Der diesjährige **Kirchenausschuss** der Gemeinde **Unterhaska** soll

Donnerstag, den 31. Mai nachm. 5 Uhr im **Gasthof zu Oberkata** öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorsteher.

Kirchen-Verkauf.

Der Anhang von **Süß- und Sauerkirch** der Gemeinde **Preßsch** soll am

Donnerstag, den 31. Mai nachm. 1 Uhr im **Gasthof Preßsch** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

Gemeinde **Preßsch**.

Kircherverpachtung.

Der diesjährige **Kirchenausschuss** der Gemeinde **Oberneffa** soll

Freitag, den 1. Juni nachm. 6 Uhr im **Katholischen Gasthofe** öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Bedingungen im Termin

Der Gemeindevorsteher.

Der Kirchen-Anhang

der Gemeinde **Lagwitz** soll

Sonnabend, den 2. Juni nachm. 5 Uhr an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorsteher.

Sonntag, den 3. Juni 23. vorm. 10 Uhr soll die diesjährige **Grasnutzung** der Gemeinde **Ruhdorf** meistbietend verpachtet werden.

Der Gemeindevorsteher.

Gute Käufer

für die verschiedensten Gegenstände, wie neue und gebrauchte Möbel, Einrichtungsgegenstände, Musikinstrumente, Nähmaschinen, Hausgeräte usw., melden sich stets in grosser Zahl auf eine „Kleine Anzeige im:“

„Wöchentlichen Anzeiger“.

Herren-, Knaben- und Arbeitskleidung in großer Auswahl billigst
Herrmann Schulze, Grüner Weg 1.
Meiner werthen Kundsch. zur Kenntnis, daß ich

Sonnabend, den 2. Juni

mein Geschäft dringender Angelegenheit halber um 2 Uhr schliesst.
D. D.

Kanzleipapier, Geschäftspapier

empfeht billigst **Papierhandlung N. Lieferenz.**

Königs Taschenfahrplan Papierhdl. N. Lieferenz.

eingetroffen

Ein Hausmädchen

von 15-17 Jahren

für sofort gesucht.

Gut Nr. 2, Schortau

Lichtspiele Weisse Wand

Achtung. Nur 3 Tage.
Freitag, den 1. Sonnabend, den 2. und
Sonntag, den 3. Juni

Die mit Spannung erwarteten Fortsetzungen

Das gelbe Dreieck

3. Teil

Gräber, die sich öffnen.

4. Teil

Das Haus des Vergessens.

Dazu der große Lustspiel-Feld

Gr - Seyrold Flop.

Er und seine zwei Rivalen.

Ein jeder muß Lachen!

Eröffnung 6.30 und 9 Uhr.

Drucksachen

jeder Art

fertig geschmackvoll und billig

an

Buchdruckerei

Otto Lieferenz, Geuchern.

Gardinen-Spezialhaus M. Köppel,

Naumburg, Weingarten 21. Weissenfels, Kleine Kalandstr. 9.

Extra

billige Angebote

in
Gardinen, Stores, Bettedecken,
Madrasgarnituren, Kanten,
echte Handarbeitsstores,
Vorhängelein, Tischdecken,
Divandeecken,
Hemdentuche, Scheuertücher.
Anfertigung moderner Künstler-Gardinen.

Gasthof Bonau.

Sonntag, den 3. Juni
großer

Schweizerball.

Wegen Kollegen nebst Ehrener
freundlichst einladen.
Der Schweizerverein
Obersfeld.

Junge Schweine

verkauft
H. Richter, Gröben.

Stachelbeeren und

Pörschpflanzen
verkauft
E. Schwager.

Kleines Wohnhaus

von zahlungsfähigen Käufer
sofort zu kaufen gesucht.

Offerten unt. **H. S.** an die
Geschäft. erbeten.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Leuzgern.

Wanzen!

Flohe! Ungeziefer
tötet radikal „Disoret“.

Zu haben bei **Carl Eitze,**
Drogerie.

Älteres Mädchen

gute häusliche Stelle,
bei hohem Lohn nach Berlin
gesucht.

Je erst. in der Geschäfts-
stelle d. Bl.

Eine fast neue einreihige
Wiener

Harmonika

preiswert zu verkaufen.

Zu erfragen in der Exped.
d. Bl.

Reinigen Sie Ihr Blut!

Dr. Baileb's Blutreinigungstee
„Maikur“ ist der Beste.

Zu haben bei **Carl Eitze.**

Zur gef. Beachtung.

Infolge weiterer bedeutender Preissteigerungen für Druckpapier, Farbe und sonstige Materialien sehen wir uns veranlaßt, den Bezugspreis für den „Wöchentlichen Anzeiger“ auf **1600 M.** ausschließlich Trägerlohn zu erhöhen.

Die Geschäftsstelle.

Kreisarbeitsnachweis Geuchern.

Ämtliche Meldestelle für alle offenen Stellen.

Geschäftszeit werktäglich von 8¹/₂-1 Uhr.

Gesucht werden:

Mädchen und 1 Knabe in die Landwirtschaft, Arbeiterinnen im Alter von 15-17 Jahren und über 18 Jahren, 1 Müller

Stellen suchen:

2 ältere, tüchtige Mädchen in die Landwirtschaft.

Schützenverein Schortau.

Freitag, den 1. Juni abends 8 Uhr

Donatsversammlung

im Gasthof Schortau.

Wegen wichtiger Tagesordnung vollständig erschienen erwünscht.

D.H.V.

Freitag Abend 8 Uhr bei
Beizhals

Berufung.

Zu haben bei

Rudolf Lieferenz.

Tinte

zu haben bei

Rudolf Lieferenz.

Stenographenverein Stolze Schrey, Geuchern

Donnerstag, den 31. Mai 23
abends 8 Uhr

Berufung

Wichtige Tagesordnung.
Der Vorstand.

Berufung

in **Artholds Gasthaus**
am **Sonnabend, den 2. Juni** abends 8 Uhr.

Tagesordnung wird in der
Berufung bekanntgegeben.

Zahlreiches und prächtiges
Ereignis, besonders auch der
neuen **Mitglieder**, erbeten.

Der Vorstand.

Spielvereinigung Geuchern.

Donnerstag, den 31. Mai
abends 7 Uhr

Spielerziehung.

Das Ereignis aller Spieler
ist unbedingt erforderlich.

Der Spielausschuß.

5000 Mark Belohnung

erhält derjenige, welcher mit
die Person namhaft macht, die
mit auf meinem Augenweide
an **Legnitzersee** beim **Hinterausgehen** großen Schaden
zugefügt hat.

Sage Berger.

Für jede Tageszeitung

vermitteln wir auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen

Anzeigen

kostenlos und ohne Aufschlag auf die festgelegten
Gebühren.

Geschäfts- d. **Wöchentlichen Anzeigers.**

Kontorartikel

liefert zu mäßigen Preisen

Papierhdl. N. Lieferenz.

Nachruf!

Am 26. Mai verschied plötzlich und unerwartet nach kurzer Krankheit unser pflicht-treuer Meister und Lehrherr, der

Buchdruckereibesitzer

Herr Otto Lieferenz.

Durch seinen ruhigen, hochachtbaren Charakter war er uns ein Vorbild.

Wir werden seiner ehrend gedenken und rufen ihm ein „Ruhe sanft“ und „Hab Dank“ in sein kühles Grab nach.

Das Buchdrucker-Personal.

Wächter und Anzeiger für Teuchern



Verlagsort: Die hochgehaltene Kopierpresse 100. — W., Neumannsche 308. — W.

Verlagsannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10, bis höchstens vormittags 5 Uhr. Briefe und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag. Abends 6 Uhr bei den folgenden Tagen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 62 I

Donnerstag, den 31. Mai 1923.

62. Jahrgang

Die Grenze der Möglichkeit.

In seinem Hauptvertrage an die Entente hatte der Reichkanzler Dr. Brüno das Angebot von 20 und zweimal 20 Milliarden Goldmark als das äußerste Angebot bezeichnet, welches Deutschland mit gutem Gewissen leisten könne. Als Bürgschaft für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen sollte das Vermögen des Reiches und seiner Glieder dienen.

Der vorgeschlagene Reparationsbetrag von zusammen 60 Milliarden bildete nur ein bescheidenes Angebot der englischen Forderung aus dem Verlaufe dieser Verhandlungen gelang die Reichsregierung noch an, daß es dem Ermessen einer internationalen Sachverständigenkommission anheim gestellt bleiben sollte, zu prüfen, ob Deutschland mehr als 20 Milliarden zahlen könne. Die Bürgschaften über die Erfüllung der Verpflichtungen sollten die Mächte durch Verhandlungen feststellen werden.

Nach den Antworten Englands und Italiens auf die deutsche Note bekam ich, wünschte diese den Gehalt erhöht, ganz besonders aber die allgemein gehaltene Forderung der Garantien genauer gefaßt zu werden. Der letzte Punkt ist die Zustimmung in dem Reichsrat, den Vorschlag bringen will. Die Abtragung der Vermögensgegenstände der Reichsstaaten sind im Prinzip bereit, über die „Grenze der Möglichkeit“, die in dem Kundgebungen vom 2. Mai in Aussicht genommen war, hinauszugehen.

Es steht fest, daß die finanzielle Kraft des Reiches und der Einzelstaaten nicht genügt, um an Reparationen und Garantien sofort das zu zahlen, was Dr. Brüno in Vorschlag bringen will. Die Abtragung der Vermögensgegenstände muß also auf noch weitere Schulden gelegt, und auch die Bürgschaft erweitert werden, die der Vertrag von Versailles für Reich und Staaten in Aussicht genommen hat. Früher schon wurden einmal die großen Wirtschaftskrisen des Reiches in Aussicht genommen, an dieser schwierigen Lösung betrauen, aber die Besprechungen führten damals zu keinem Ergebnis.

Heute breitet das Feuer nicht nur aus, sondern

winning der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Deshalb kann eine Bereitschaft zur Übernahme von großen Entlohnungen auch durch die Industrie nur ausgedehnt werden, wenn gleichzeitig das Gesamtproblem der Reparationen (sowohl nach außen wie auch innerhalb Deutschlands) eine wirksame Lösung erfährt.

Im zweiten Abschnitt der Denkschrift wird dann näher ausgeführt, wie sich die Industrie die Erfüllung der durch den Staat und sie selbst zu erfüllen haben wird. Dabei wird zunächst zweierlei für erforderlich erklärt: Erhaltung der vollen Substanz der staatlichen Vermögenswerte und Wahrung der Volkshoheit. Dann heißt es:

Eine erfolgsversprechende Sanftbarmachung der (alleinigen) staatlichen Forderungen kann nur vor sich gehen, wenn die Reichs- und Staatsbetriebe nach privatrechtlichen Grundsätzen regiert und dauernd betrieben werden. Nach Meinung der Industrie wird es möglich sein, auf diesem Wege aus diesen Betrieben ein absehbarer Zeit Wert von etwa 600 Millionen Goldmark, bei glücklicher Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herauszubekommen.

Die Garantie der Wirtschaft.

so wird dann weiter in der Denkschrift ausgeführt, kann nur in einer Verpändigung ihrer Substanz liegen.

Das Verhältnis des Reiches zum Ausland ist der entscheidende Punkt, daß die Wirtschaft — und zwar landwirtschaftlicher und industrieller Grundbesitz, Handel und Gewerbe — unter Ausnutzung aller Kräfte neben den sonstigen schweren Lasten unter Erhaltung einer Reihe von Voraussetzungen jährlich eine Jahresgarantie bis zum Höchstmaß von 200 Millionen Goldmark auf die Dauer von 20 Jahren übernehmen sollte. Der Kapitalwert einer derartigen Jahresleistung über die Hälfte des gegenwertigen Wertes des Reiches, welches als Pfand dienen muß. Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit, 40 Prozent der genannten Garantiesumme zu übernehmen, ohne Rücksicht auf das normale Verhältnis der Wirtschaftskrisen zu übernehmen.

Der Verleihenmäßigkeit der verschiedenen Wirtschaftskrisen muß von Zeit zu Zeit neu festgelegt werden, entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit. Zur Erhöhung der Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Hausbesitzes wird

Abbau der Zwangsmaßnahmen

gefordert. Als Pfand könne nur der Besitz an unbeweglichem Vermögen dienen. Weiterhin wird dann noch äußerste Sparmaßnahme bei den Staatsausgaben gefordert.

Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit den Voraussetzungen für die Lebensdauer der vorgenannten Verpflichtungen. Da wird zunächst ein Ausschluß der Reparationszahlungen gefordert, damit Deutschland seine innere Lage stabilisieren könne. Zum Schluß werden folgende

inneren Wirtschaftsverformen

gefordert:

1. Grundtätigkeit der Herrschaft des Staates von der privaten Güterverwertung und Verteilung, insbesondere für die Bekämpfung wirklichen Wadens, mitin

a) Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich des Abbaues der Außenhandelskontrolle, soweit letztere nicht zur Sicherstellung einiger weniger lebenswichtiger Erzeugnisse für den Export und den Import erforderlich und tatsächlich durchzuführen ist.

b) Aufhebung aller Demobilisationsvorschriften mit Beschränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsrichtertum bei Wirtschaftsverhältnissen von allgemeiner Bedeutung.

2. Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Neubildung von Produktionskapital zum Zweck der Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe, mitin

entsprechende Umgestaltung der heute vielfach willkürlichen Steuerergänzungen (z. B. Gewerbesteuer), insbesondere Lösung der Steuerumwelt und Schaffung eines klaren, den Sparzinsen angehenden Steuerrechts.

3. Voller Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Lösung der Produktion, alle Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung.

Bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Maximumtages Erhöhung der Tariffreiheit im Sinne der Vorarbeiten des Reichsministeriums, Schaffung eines Arbeitsgesetzes ferner Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Lasten.

Die Anerkennung dieser Bedingungen — so heißt es in dem Schreiben — könnte die Wirtschaft eine Verantwortung nicht übernehmen.

Eine Regierungserklärung.

Die sich mit dem Schreiben der Industriellen befaßt, besagt u. a.:

Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wie weit die Darlegungen des Schreibens über die Beteiligung und Beteiligung der von der Wirtschaft aufzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Berücksichtigung finden können. Denn so sehr es zu begreifen ist, daß in Ermangelung der Notwendigkeit großer Einzelne Fälle sich beizufinden, an den zu lösenden Problemen mitzuarbeiten, so wenig entbehrt dies die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maß und Vertretung der Schritten unter

Verpflichtung der Mächte alle Entscheidungen sofort zu bestimmen und unabhängig festzusetzen. Die Verantwortlichkeit für die von der Regierung angenommenen Maßnahmen wird sie die geteilte Verantwortung der Mächte vorbereiten, die die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erstreblich ist, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. November unter weitgehender Zustimmung der Parteien unternommen und von der Regierung wiederholt ausgesagt worden sind.

Marktsituation und Marktzug.

Die Verhandlungen vor dem Untersuchungskonstitut.

Im Untersuchungskonstitut des Reichstages zur Wirkung der Maßnahmen zur Erhaltung der Marktzug zunächst Staatssekretär Dr. Schröder einen Überblick über die von der Regierung im Bereich des Reichsbank getroffenen Maßnahmen. Für die Erhaltung der Marktzug als — so führte er aus — zwei Punkte: 1. Die Erhaltung der Marktzug durch den Verkauf von Reichsbanknoten in deutschen und ausländischen Werten. In dieser Weise wurde dann auch die Aktion eingeleitet. Die Aktion hat dann den bekannten Erfolg gehabt, daß längere Zeit hindurch — ungefähr drei Monate — der Dollarkurs auf ungefähr 20 000 M. gehalten werden konnte. Selbstverständlich konnte es sich bei der ganzen Aktion nicht um eine Stabilisierung des Marktzuges handeln. Wir befinden uns im Krieg, und die ganze Maßnahme war weiter nichts, als eine Kriegsmassnahme. Um die notwendigen Mittel zu decken, hat die Regierung dem Dollarkurs anliehen aufgenommen. Im späteren Verlauf mag sich nun unsere hoffliche Zahlungsbilanz geltend machen, aber die Regierung hat die Eingriffe immer schwieriger, besonders dann, als der geringe Erfolg der Dollarkurs anliehen die Mittel brachte, die man erwartet hatte. Daher war man dazu übergegangen, nicht den Marktzug zu halten, sondern einige Tage die Sache laufen zu lassen und dann einzugehen. Von 17. April ab ist es dann der Reichsbank nicht mehr gelungen, die Marktzug auch nur einigermaßen zu halten.

Reichsbankpräsident Hanfstaengl, der im weiteren Verlauf der Sitzung in Begleitung des Vizepräsidenten von Glafeyn erschien, führte u. a. aus:

Es sei nicht denkbar, die Marktzug zu stabilisieren, solange die Voraussetzung für das Realrunder nicht beseitigt sei. Der Vordruck tritt mit aller Entschiedenheit die Forderung entgegen, als ob das Reichsbank direktorium einer Intervention Widerstand geleistet hätte. Nicht einen Augenblick habe innerhalb des Reichsbankdirektoriums ein Zweifel darüber bestanden, daß bei der Stützung des Marktzuges eine politische Notwendigkeit vorlag. Es war uns klar, daß wir in dem Augenblick, kurz vor der Durchführung, als der Dollarkurs sich zu senken und keine Intervention zu erfolgen lassen konnten. Man mußte, daß der Marktzug einbruch auf die Marktzug eintritt und ein sprunghaftes Emporschießen des Dollarkurs herbeiführen mußte. Daher mußte man warten, bis zu einem Augenblicke, in dem die Situation sich wieder ein wenig beruhigt hatte. Im letzten Drittel des Januar führte man den Kurs heraus, den man halten konnte. Darauf erfolgte die Intervention. In diesem Augenblicke gelang es, die Marktzug den Dollarkurs auf 20 000 zu senken. Die Marktzug kam weiter, ohne Einbruch der Reichsbank, auf einen Dollarkurs von 19 000. Bald darauf ging der Dollarkurs auf ungefähr 21 000—22 000, und auf diesen Kurs hielt er sich bis in den April hinein. Wir sind nicht unerschütterlich bestimmten herausgekommen, vor allem im Ausland. Den ganzen März hindurch gelangten wir erhebliche Beträge. Inzwischen wurde es zur Gewissheit, daß der Marktzug sich länger halten würde. Die Reichsbank wurde sich darüber klar, daß sie weitere erhebliche Mittel gebrauchen würde, um den Marktzug zu halten. Das ließ in der Reichsbank die Forderung entstehen, die notwendigen Maßnahmen herauszugeben. Die Reichsbank begriff die Notwendigkeit und war bereit, mitzuhelfen. Das Mißtrauen im späteren Verlauf, Geld für Papier zu verlaufen, waren aber wieder keine noch Reichsbank zu übernehmen in der Lage.

Deutsches Reich.

den 30. Mai 1923.

Deutsche Protestnote gegen die Erschießung Schöngers. Die Reichsregierung hat der französischen Regierung eine Protestnote gegen die Erschießung des Kaufmanns Schöngers. Es heißt darin: „Französische Kriegsverbrechen haben kein Recht, auf deutschem Boden, den sie widerrechtlich betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden. Die deutsche Regierung hätte gehofft, daß die französische Regierung, wenn nicht aus Rechtsgründen, so doch aus Gründen der Menschlichkeit“



Die Denkschrift der Industrie.

Forderung der freien Wirtschaft.

Der Wortlaut der Denkschrift, die das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie über die Garantieforderung an den Reichskanzler gerichtet hat, ist jetzt im Wortlaut bekanntgegeben worden. In wesentlichen entsprechen die Vorschläge den Mitteln, die darüber schon gemacht worden waren. Die Denkschrift erklärt in ihrem ersten Teil zunächst, daß ein innerdeutsches Verhältnis der Staat Ertragsformen für die Reparationen ist, dann heißt es weiter:

Die industrielle Wirtschaft bekämpft sich zu der für jeden Bürger selbstverständlichen Verpflichtung, für das im Staat verpörrte Vaterland bis an die Grenze der Tragfähigkeit hinzutreten. Das ist aller Bemühungen ist die Wiederher-